

II-3455 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

No.231/A (E)

3. OKT. 1991

Präs.:

ORIGINAL

E N T S C H L I E S S U N G S A N T R A G

der Abgeordneten Böhacker, Mag. Schreiner
betreffend die Senkung der betrieblichen Vermögensteuer

Eine gesunde Kapitalstruktur mit einer ausreichenden Eigenkapitalbasis ist eine Voraussetzung für den Erfolg der österreichischen Wirtschaft im europäischen Binnenmarkt.

Die betriebliche Vermögensteuer stellt eine Substanzbesteuerung dar und behindert besonders die Eigenkapitalbildung der österreichischen Unternehmen. In vielen anderen Industriestaaten ist eine Vermögensteuer auf Betriebsvermögen entweder überhaupt unbekannt oder die vergleichbare Steuerbelastung wesentlich niedriger als in Österreich.

Die Senkung der betrieblichen Vermögensteuer ist daher auch erforderlich, um Wettbewerbsnachteile der österreichischen Wirtschaft gegenüber dem Ausland zu vermeiden.

Die zu erwartenden Einnahmenausfälle sind durch eine Senkung des Bundeszuschusses zu den ÖBB sowie durch Einsparungen bei den Ermessensausgaben des Bundes zu bedecken.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den

E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g :

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für Finanzen wird ersucht, dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, durch welchen

1. ein betriebsbezogener Vermögensteuerfreibetrag von einer Million Schilling geschaffen und
2. der Vermögensteuersatz für das Betriebsvermögen von 1 % auf 0,5 % halbiert wird.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Finanzausschuß zuzuweisen.

Wien, den 03.10.1991

Grotz
Hauer
Lohmisch

Bauer
Birk
Wimmer